

# Grundkurs Europarecht

Schroeder

6., überarbeitete Auflage 2019  
ISBN 978-3-406-74472-3  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](http://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](http://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](http://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Werner Schroeder  
Grundkurs Europarecht



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Grundkurs Europarecht

von

Univ.-Prof. Dr. Werner Schroeder, LL.M.

Universität Innsbruck

6. überarbeitete Auflage 2019

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 74472 3

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH  
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau  
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck, Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 6. Auflage

Die Neuauflage berücksichtigt zahlreiche weitere Neuerungen im Sekundärrecht der Europäischen Union (Union) und wichtige neue Entscheidungen der Unionsgerichte, wie z. B. das EuGH-Urteil zur PKW-Maut, sowie der nationalen Gerichte mit Bezug zum Unionsrecht, die bis zum Sommer 2019 ergangen sind. Als dynamisch haben sich seit der letzten Auflage insbesondere die Vorschriften des AEUV über die Werte und das Rechtsschutzsystem der Union, über die Unionsbürgerschaft, die Grundrechte sowie die Bestimmungen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts erwiesen. Berücksichtigt wurden in der neuen Auflage auch die Entwicklungen des Brexit.

Unverändert bleibt der Anspruch des Grundkurses. Er will Studierenden das notwendige Wissen im Unionsrecht, dem Europarecht im engeren Sinne, vermitteln. Er behandelt das institutionelle Recht, die wichtigsten Bereiche des materiellen Rechts der Union sowie das Verhältnis zwischen Unionsrecht und nationalem Recht. Ich habe versucht, die Materie durch Darstellung anhand von Beispielfällen verständlich zu machen, und zwar nicht nur für Juristen, sondern auch für Studierende anderer Studiengänge.

Durch Konzentration des Stoffs auf die prüfungsrelevanten Bereiche soll das Buch Einsteigern in die Materie ebenso wie Examenskandidaten eine Hilfe sein. Es ist nicht nur für deutsche Studierende, sondern auch für Studierende an österreichischen Universitäten geeignet.

Da das Europarecht stärker als andere Rechtsgebiete von der Rechtsprechung geprägt ist, orientiert sich die Darstellung an Entscheidungen des EuGH. Die im Grundkurs besprochenen Urteile sind im Sachverzeichnis am Ende des Buches unter dem Namen der Parteien genannt. 2014 wurde ein durch die Union neues System zur Identifizierung unionsrechtlicher Entscheidungen, der European Case Law Identifier (ECLI), eingeführt (vgl. § 3 Rn. 72). Das ECLI-System wird hier nur für die seitdem ergangenen Entscheidungen verwendet. Seit 2015 werden außerdem allen Rechtsakten im Amtsblatt L fortlaufende Nummern zugewiesen, z. B. VO (EU) 2015/1 bzw. RL (EU) 2015/2. Die früher unterschiedliche Zitierweise von VO und RL wird dadurch vereinheitlicht.

Eine weitere Besonderheit des Grundkurses Europarecht besteht darin, dass das Unionsrecht aus verschiedenen Perspektiven dargestellt wird. Die Diskriminierungsverbote, Grundfreiheiten und Grundrechte des Unionsrechts werden als individuelle Rechte begriffen, die Einzelne gegenüber Mitgliedstaaten oder Unionsorganen geltend machen können. Das Unionsrecht hat jedoch auch eine objektiv-rechtliche Perspektive. Nationale Gesetzgeber, Gerichte und Behörden müssen unionsrechtliche Vorschriften bei der Rechtserzeugung und -anwendung von Amts wegen beachten.

Mein Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen am Institut für Europarecht und Völkerrecht, die mich bei der Überarbeitung des Grundkurses unterstützt haben, insbesondere Frau Alexandra Erker, Frau Madlen Karg, Frau Elisabeth Kath und Frau Jennifer Wirth.

Für Kritik und Anregungen bin ich stets dankbar.

Innsbruck, im Juli 2019

Werner Schroeder

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Literaturverzeichnis .....	XXV

## Einführung

<b>§ 1. Begriff des Europarechts</b> .....	1
I. Prüfungsanforderungen im Fach Europarecht .....	1
II. Unionsrecht als Europarecht im engeren Sinne .....	2

## Erster Teil. Die Verfassung der Union

<b>§ 2. Grundlagen der Union</b> .....	4
I. Europäische Integration .....	4
1. Europaidee .....	4
2. Theoretische Grundlagen .....	4
3. Monnet-Methode .....	5
II. Europäische Gemeinschaften .....	6
1. Pariser Vertrag und Römische Verträge .....	6
2. Reformen der Gemeinschaftsverträge .....	8
III. Europäische Union .....	8
1. Vertrag von Maastricht .....	8
2. Vertrag von Amsterdam .....	10
3. Vertrag von Nizza .....	10
IV. Europäische Verfassung .....	11
1. Post-Nizza-Prozess .....	11
2. Verfassungsvertrag von 2004 .....	12
3. Bestehende Verfassungsgrundlagen der Union .....	13
V. Union nach dem Vertrag von Lissabon .....	14
VI. Mitgliedschaft in der Union .....	14
1. Beitritt .....	14
2. Austritt .....	16
3. Ausschluss? .....	17
VII. Anwendungsbereich, Inkrafttreten und Änderung der Verträge .....	17
1. Räumlicher Anwendungsbereich .....	17
2. Zeitlicher Anwendungsbereich .....	19
3. Sachlicher Anwendungsbereich .....	19
4. Inkrafttreten und Vertragsänderung .....	20
VIII. Union in gesamteuropäischer Perspektive .....	22
1. Europarat .....	22
2. Nachbarbeziehungen .....	23
3. Verhältnis zu EFTA-Staaten .....	24
<b>§ 3. Aufbau und Organisation der Union</b> .....	25
I. Autonomes institutionelles System .....	25
II. Rechtlicher Status der Union .....	26
1. Konstruktion der Union .....	26
2. Rechtsfähigkeit .....	26
3. Rechtsnatur .....	27



III. Organe der Union	27
1. Allgemeines	28
a) Begriff	28
b) Fusion	29
c) Sitz	29
d) Sprache	30
e) Organbeziehungen	31
2. Europäisches Parlament	31
a) Funktion	31
b) Wahl und Zusammensetzung	33
c) Organisation	36
3. Europäischer Rat	36
4. Rat	37
a) Funktion	37
b) Zusammensetzung	39
c) Organisation	40
d) Beschlussfassung	40
5. Kommission	42
a) Funktion	42
b) Zusammensetzung und Organisation	44
6. Gerichtshof der Europäischen Union	45
a) Funktion	45
b) Zusammensetzung und Organisation	48
c) Gericht	48
d) Fachgerichte	49
e) Entscheidungen	49
7. Rechnungshof	49
8. Wirtschafts- und Sozialausschuss	50
9. Ausschuss der Regionen	50
10. Europäische Zentralbank	51
11. Agenturen und Ämter	51
<b>§ 4. Verfassungswerte und -grundsätze der Union</b>	53
I. Allgemeines	53
II. Demokratieprinzip	55
1. Demokratiedefizit	55
2. Partizipation	57
3. Transparenz	57
4. Parlamentarische Rechte	58
III. Rechtsstaatsprinzip	58
1. Rechtsstaat oder Rechtsunion?	58
2. Effektiver Rechtsschutz	59
3. Grundrechte und rechtsstaatliche Verfahrensprinzipien	59
4. Institutionelles Gleichgewicht	60
IV. Föderales Prinzip	61
1. Verankerung im EUV	61
2. Funktion der Mitgliedstaaten	61
3. Kompetenzordnung	62
4. Subsidiarität	62
5. Loyalität	63
<b>§ 5. Wirkung des Unionsrechts</b>	64
I. Funktionalität	64
1. Effektive Zielverwirklichung	64
2. Auslegungsgrundsätze	65

II. Supranationalität .....	65
III. Unionsrecht und nationales Recht .....	67
1. Gebot der einheitlichen Wirkung .....	67
2. Unmittelbare Geltung .....	68
3. Vorrang .....	69
a) Begründung .....	69
b) Tragweite des Vorrangs .....	71
c) Anwendungsvorrang .....	74
4. Unmittelbare Anwendbarkeit .....	75
a) Begründung und Voraussetzung .....	75
b) Konsequenzen .....	77
5. Wirkung des Unionsrechts in den Mitgliedstaaten .....	77
a) Deutschland .....	77
b) Österreich .....	82
<b>§ 6. Quellen des Unionsrechts .....</b>	<b>82</b>
I. Überblick über die Rechtsquellen .....	82
1. Primärrecht .....	82
a) Umfang .....	82
b) Verfassungscharakter der Verträge .....	83
2. Völkerrecht .....	84
3. Sekundärrecht .....	85
4. Gemeinsame Akte der Mitgliedstaaten .....	86
5. Atypische Handlungen .....	88
a) Interinstitutionelle Vereinbarungen .....	89
b) Organinternes Recht .....	89
c) Mitteilungen und andere Verwaltungsvorschriften .....	90
d) Erklärungen .....	90
II. Rechtsakte nach Art. 288 AEUV .....	91
1. Allgemeines .....	91
2. Verordnung .....	92
a) Bedeutung .....	92
b) Allgemeine Geltung .....	92
c) Umfassende Verbindlichkeit .....	92
d) Unmittelbare Geltung .....	92
e) Unmittelbare Anwendbarkeit .....	93
3. Richtlinie .....	94
a) Bedeutung .....	94
b) Verpflichtung zur Umsetzung .....	94
c) Wirkung vor Ablauf der Umsetzungsfrist .....	96
d) Unmittelbare Wirkung .....	97
aa) Begründung .....	97
bb) Voraussetzungen .....	98
cc) Fallgestaltungen .....	100
dd) Rechtsfolgen der unmittelbaren Wirkung .....	105
e) Richtlinienkonforme Auslegung .....	107
4. Beschluss .....	111
5. Empfehlung und Stellungnahme .....	113
<b>§ 7. Gesetzgebung der Union .....</b>	<b>114</b>
I. Allgemeines .....	114
II. Kompetenzen .....	115
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	115
2. Kompetenztypen .....	117
a) Ausschließliche Kompetenzen .....	117

b) Geteilte Kompetenzen	118
c) Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungskompetenzen	119
d) Atypische Kompetenzen	120
3. Kompetenzausübung	120
a) Subsidiaritätsprinzip	121
b) Verhältnismäßigkeitsprinzip	122
III. Verfahren	122
1. Gesetzgebungsverfahren	123
a) Allgemeines	123
b) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	123
c) Besondere Gesetzgebungsverfahren	124
2. Rechtsetzung ohne Gesetzgebungscharakter	125
a) Allgemeines	125
b) Delegierte und durchführende Rechtsetzung	126
3. Rechtsetzung durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	128
4. Begründungspflicht	129
5. Inkrafttreten	129
6. Mitwirkung nationaler Einrichtungen an der Gesetzgebung der Union	129
a) Beteiligung nationaler Parlamente	130
b) Beteiligung der Länder	131
<b>§ 8. Vollziehung des Unionsrechts</b>	132
I. Allgemeines	132
II. Vollziehung durch die Union	134
III. Vollziehung durch die Mitgliedstaaten	136
1. Recht und Pflicht zur Vollziehung durch die Mitgliedstaaten	136
2. Kontrollvorbehalt der Union bei Vollziehung durch die Mitgliedstaaten	136
3. Vollziehung in Bundesstaaten	138
<b>§ 9. Rechtsprechung der Union</b>	140
I. Rechtsschutzsystem	140
1. Effektiver und umfassender Rechtsschutz	140
2. Rechtsschutz in der PJZS und der GASP	142
3. Mehrstufiger Rechtsschutz	143
4. Vorläufiger Rechtsschutz	143
a) Vorläufiger Rechtsschutz durch Gerichte der Union	143
b) Vorläufiger Rechtsschutz durch nationale Gerichte	145
5. Durchsetzbarkeit von Gerichtsentscheidungen	147
II. Vertragsverletzungsverfahren	148
1. Zulässigkeit	148
a) Zuständigkeit	148
b) Beteiligtenfähigkeit	148
c) Klagegegenstand	148
d) Vorverfahren	149
e) Rechtsschutzinteresse	149
2. Begründetheit	149
3. Konsequenzen	150
III. Nichtigkeitsklage	152
1. Zulässigkeit	152
a) Zuständigkeit	152
b) Beteiligtenfähigkeit	152
c) Klagegegenstand	153
d) Klagebefugnis	153
e) Ordnungsgemäße Klageerhebung	158
2. Begründetheit	158

3. Inhalt der Entscheidung . . . . .	158
IV. Untätigkeitsklage . . . . .	160
1. Zulässigkeit . . . . .	160
a) Zuständigkeit . . . . .	160
b) Beteiligtenfähigkeit . . . . .	160
c) Klagegegenstand . . . . .	160
d) Vorverfahren . . . . .	161
e) Klagebefugnis . . . . .	161
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	162
2. Begründetheit . . . . .	162
3. Inhalt der Entscheidung . . . . .	162
V. Schadenersatzklage . . . . .	163
1. Zulässigkeit . . . . .	164
a) Zuständigkeit . . . . .	164
b) Beteiligtenfähigkeit . . . . .	164
c) Klagegegenstand . . . . .	165
d) Klagebefugnis . . . . .	165
e) Verjährung . . . . .	165
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	166
2. Begründetheit . . . . .	166
3. Inhalt der Entscheidung . . . . .	166
VI. Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	167
1. Bedeutung . . . . .	167
2. Zulässigkeit . . . . .	167
a) Zuständigkeit . . . . .	168
b) Vorlageberechtigtes Gericht . . . . .	168
c) Vorlagegegenstand . . . . .	168
d) Vorlagefrage . . . . .	170
3. Inhalt und Wirkung der Vorabentscheidung . . . . .	170
4. Vorlagepflicht . . . . .	170
a) Vorlagepflichtige Gerichte . . . . .	171
b) Abweichen von der Vorlagepflicht . . . . .	172
c) Maßnahmen zur Durchsetzung einer Vorlage . . . . .	172
<b>§ 10. Haftung nach Unionsrecht . . . . .</b>	<b>174</b>
I. Funktion . . . . .	174
II. Haftung der Union . . . . .	176
1. Handeln eines Organs oder eines Bediensteten der Union . . . . .	176
2. Ausübung einer Amtstätigkeit . . . . .	176
3. Rechtswidrigkeit . . . . .	176
4. Verschulden . . . . .	178
5. Schaden . . . . .	178
6. Kausalität . . . . .	179
7. Verjährung . . . . .	179
III. Haftung der Mitgliedstaaten . . . . .	179
1. Rechtsgrundlage . . . . .	179
2. Haftungsbegründende Voraussetzungen . . . . .	182
a) Verstoß gegen eine Norm, die dem Einzelnen Rechte verleihen soll . . . . .	182
b) Zurechenbarer Verstoß . . . . .	183
c) Hinreichend qualifizierter Verstoß . . . . .	184
d) Unmittelbarer Kausalzusammenhang . . . . .	185
e) Kein Verschuldenserfordernis . . . . .	186
3. Haftungsfolgen . . . . .	186
a) Verweis auf anderweitige Ersatzansprüche . . . . .	186

b) Richterspruchprivileg .....	186
c) Ersatzfähiger Schaden .....	187
d) Mitverschulden .....	187
e) Prozessuale Fragen .....	187

## Zweiter Teil. Das Unionsrecht und der Einzelne

<b>§ 11. Bürger als Subjekte des Unionsrechts</b> .....	190
I. Individualrechtliche Fragestellungen .....	190
II. Überblick über die Rechte des Einzelnen .....	191
1. Entstehung individueller Rechte im Unionsrecht .....	191
2. Ausdrückliche individuelle Rechte .....	192
3. Unmittelbar anwendbare Vorschriften .....	192
4. Ungeschriebene individuelle Rechte .....	194
III. Träger individueller Rechte .....	195
1. Unionsbürger .....	195
2. Juristische Personen .....	195
3. Angehörige von Drittstaaten .....	195
IV. Adressaten individueller Rechtspositionen .....	196
1. Mitgliedstaaten .....	196
2. Unionsorgane .....	197
3. Privatpersonen .....	197
<b>§ 12. Diskriminierungsverbote</b> .....	198
I. Allgemeines Diskriminierungsverbot nach Art. 18 AEUV .....	198
1. Sachlicher Anwendungsbereich .....	198
2. Persönlicher Anwendungsbereich .....	200
3. Diskriminierungsbegriff .....	201
4. Rechtfertigung .....	203
II. Antidiskriminierungsmaßnahmen nach Art. 19 AEUV .....	204
III. Gleichbehandlung von Männern und Frauen .....	205
<b>§ 13. Unionsbürgerrechte</b> .....	208
I. Unionsbürgerschaft .....	208
1. Bedeutung .....	208
2. Unionsbürgerstatus nach Art. 20 AEUV .....	209
II. Freizügigkeit nach Art. 21 AEUV .....	211
1. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot .....	211
2. Schranken .....	213
III. Politische Teilhaberechte .....	216
1. Kommunalwahlrecht nach Art. 22 Abs. 1 AEUV .....	216
2. Wahlrecht zum Europäischen Parlament nach Art. 22 Abs. 2 AEUV .....	217
3. Bürgerinitiative nach Art. 11 Abs. 4 EUV und Art. 24 Abs. 1 AEUV .....	218
4. Petitionsrecht nach Art. 24 Abs. 2 AEUV .....	218
5. Recht zur Anrufung des Bürgerbeauftragten nach Art. 24 Abs. 3 AEUV .....	219
6. Kommunikationsrecht nach Art. 24 Abs. 4 AEUV .....	219
7. Recht auf Dokumentenzugang nach Art. 15 Abs. 3 AEUV .....	219
IV. Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz nach Art. 23 AEUV .....	220
<b>§ 14. Grundfreiheiten</b> .....	221
I. Allgemeine Lehren .....	221
1. Bedeutung der Grundfreiheiten .....	221
2. Verhältnis der Grundfreiheiten zueinander .....	222
II. Anwendungsbereich .....	225
1. Grenzüberschreitende Situation .....	225

2. Ausnahmen	227
3. Missbrauch der Grundfreiheiten	227
III. Berechtigte	228
IV. Verpflichtete	229
1. Mitgliedstaaten	229
2. Privatpersonen	231
3. Unionsorgane	233
V. Verbotene Beschränkungen	234
1. Verbot jeglicher Diskriminierung	234
2. Nichtdiskriminierende Beschränkungen	235
a) Grundsatz: Verbot jeder Behinderung	236
b) Eingrenzung auf nichtdiskriminierende Beschränkungen des Marktzugangs	237
c) Eingrenzung für nichtdiskriminierende Beschränkungen durch weitere Kriterien	239
VI. Rechtfertigungsgründe	240
1. Allgemeines	240
2. Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe	241
3. Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	242
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip	243
5. Kollision mit Unionsgrundrechten	247
VII. Warenverkehrsfreiheit	248
1. Allgemeines	248
2. Anwendungsbereich	248
3. Verpflichtete	249
4. Zoll- und Abgabenrecht	250
a) Bedeutung der Zollunion	250
b) Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	251
5. Einfuhrbeschränkungen	253
a) Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	253
b) Maßnahmen gleicher Wirkung	254
c) Rechtfertigungsgründe	257
aa) Allgemeines	257
bb) Art. 36 AEUV	257
cc) Zwingende Erfordernisse im Allgemeininteresse	260
6. Ausfuhrbeschränkungen	261
VIII. Arbeitnehmerfreizügigkeit	263
1. Allgemeines	263
2. Anwendungsbereich	264
3. Verpflichtete	266
4. Inhalt des Freizügigkeitsrechts	267
a) Diskriminierungsverbot	267
b) Mobilitätsrechte	267
c) Beschränkungsverbot	268
5. Ausnahmen	269
a) Öffentliche Verwaltung	269
b) Rechtfertigung	269
c) Missbrauch	271
IX. Niederlassungsfreiheit	272
1. Allgemeines	272
2. Anwendungsbereich	273
3. Verpflichtete	276
4. Inhalt der Niederlassungsfreiheit	277
a) Diskriminierungsverbot	277
b) Mobilitätsrechte	278

c) Beschränkungsverbot	278
d) Anerkennung von Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen	282
5. Ausnahmen	283
a) Öffentliche Gewalt	283
b) Rechtfertigung	283
c) Missbrauch	285
X. Dienstleistungsfreiheit	285
1. Allgemeines	285
2. Anwendungsbereich	286
3. Verpflichtete	290
4. Inhalt der Dienstleistungsfreiheit	290
a) Diskriminierungsverbot	290
b) Mobilitätsrechte	291
c) Beschränkungsverbot	291
d) Anerkennung von Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen	293
5. Ausnahmen	294
a) Öffentliche Gewalt	294
b) Rechtfertigung	294
c) Missbrauch	296
XI. Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	296
1. Allgemeines	296
2. Anwendungsbereich	297
3. Verpflichtete	298
4. Inhalt der Kapitalverkehrsfreiheit	299
a) Diskriminierungsverbot	299
b) Beschränkungsverbot	299
5. Ausnahmen	301
a) Drittstaaten	301
b) Rechtfertigung	301
c) Missbrauch	303
<b>§ 15. Grundrechte</b>	<b>303</b>
I. Allgemeines	303
1. Entwicklung der Grundrechte	303
2. Europäische Grundrechtecharta	305
3. Verhältnis zur EMRK	306
4. Verhältnis zu nationalen Grundrechten	309
II. Anwendungsbereich der Grundrechte	311
1. Berechtigte	311
2. Verpflichtete	311
a) Unionseinrichtungen	311
b) Mitgliedstaaten	311
c) Privatpersonen	314
III. Funktion der Grundrechte	314
IV. Struktur der Grundrechte	315
V. Grundrechtliche Gewährleistungen	318
VI. Gerichtliche Durchsetzung der Grundrechte	319
<b>Dritter Teil. Das Unionsrecht und die Mitgliedstaaten</b>	
<b>§ 16. Rechtsstellung der Mitgliedstaaten</b>	<b>321</b>
I. Prüfungsrelevante Fragestellungen	321
II. Allgemeines	321
III. Mitwirkungsrechte der Mitgliedstaaten	322

1. Vertragsänderung und Beitritt	322
2. Gesetzgebung	323
3. Vollziehung	323
4. Rechtsprechung	324
5. Entscheidungen in Bezug auf die Unionsorgane	324
6. Erlass von begleitendem Unionsrecht	324
7. Schutz- und Notstandsklauseln	325
IV. Pflichten der Mitgliedstaaten	325
1. Beachtung des Vorrangs	325
2. Anwendung von Unionsrecht/Nichtanwendung von nationalem Recht	326
3. Gewährung von effektivem Rechtsschutz	326
4. Effektive Vollziehung von Unionsrecht	327
5. Umsetzung von Richtlinien	327
6. Unionsrechtskonforme Auslegung	328
7. Schutzpflichten aus dem Unionsrecht	329
V. Sanktionen gegen Mitgliedstaaten	329
1. Vertragsverletzungsverfahren	329
2. Staatshaftung	330
3. Sanktionen nach Art. 7 EUV	330

#### Vierter Teil. Das Wirtschaftsrecht der Union

<b>§ 17. Elemente der Wirtschaftsverfassung der Union</b>	331
I. Soziale Marktwirtschaft	331
II. Funktionsgarantien für das Wirtschaftsrecht der Union	331
<b>§ 18. Binnenmarkt der Union</b>	332
I. Begriff	332
II. Rechtswirkungen	332
III. Integrationsmethoden	333
IV. Rechtsangleichung nach Art. 114 AEUV	334
1. Rechtsangleichungskompetenzen	334
2. Tatbestandsvoraussetzungen	335
3. Hohes Schutzniveau	337
4. Verhältnis zu anderen Kompetenzen	337
5. Nationaler Alleingang	338
<b>§ 19. Wettbewerbsrecht</b>	340
I. Ziele	340
II. Zuständigkeiten	340
III. Kartellrecht	341
1. Anwendungsbereich	341
2. Unternehmen als Adressaten	342
3. Verbotenes Verhalten	343
4. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	344
5. Wettbewerbsbeschränkung	345
6. Tatbestandsausnahmen vom Kartellverbot	346
7. Freistellung vom Kartellverbot	347
8. Verbotsfolgen	349
9. Rechtsschutz	350
IV. Missbrauchsverbot	351
1. Allgemeines	351
2. Marktbeherrschende Stellung	351
3. Missbrauch	352
4. Verbotsfolgen und Rechtsschutz	354



V. Fusionskontrolle	355
1. Anwendungsbereich	355
2. Materielle Genehmigungsvoraussetzungen	356
3. Verfahren	356
4. Rechtsschutz	357
VI. Öffentliche Unternehmen	358
1. Ziele	358
2. Öffentliche und privilegierte Unternehmen	358
3. Freistellung nach Art. 106 Abs. 2 AEUV	360
4. Spezielle Regelungen nach Art. 106 Abs. 3 AEUV	362
VII. Beihilfenrecht	363
1. Beihilfe	364
a) Begünstigung	364
b) Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe	366
c) Bestimmte Unternehmen	367
d) Wettbewerbsverfälschung	367
e) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	368
2. Ausnahmen vom Beihilfenverbot	368
3. Beihilfenverfahren	370
4. Rückzahlung der Beihilfe	373
5. Rechtsschutz	374
<b>§ 20. Vergaberecht</b>	375
I. Ziele	375
II. Rechtsgrundlagen	376
III. Anwendungsbereich	378
1. Öffentlicher Auftraggeber	378
2. Öffentlicher Auftrag	378
IV. Vergabeverfahren	380
V. Rechtsschutz	381
VI. Nationales Vergaberecht	382
<b>Fünfter Teil. Die wichtigsten Politikbereiche der Union</b>	
<b>§ 21. Auswärtiges Handeln der Union</b>	383
I. Erfasste Bereiche	383
II. Teilnahme der Union am völkerrechtlichen Verkehr	384
1. Völkerrechtsfähigkeit	384
2. Handlungsfähigkeit	384
3. Außenvertretung der Union	384
III. Internationale Übereinkünfte und Unionsrecht	385
1. Vertragsschlusskompetenzen der Union	385
2. Beteiligung der Organe	387
3. Wirkung von internationalen Übereinkünften der Union im Unionsrecht	388
4. Altübereinkünfte der Mitgliedstaaten	390
IV. Besondere Beziehungen	392
1. Assoziierung	392
2. Wirtschafts- und Freihandelszonen	393
3. Beziehungen zu Internationalen Organisationen oder Vertragsorganen	394
V. Außenhandelsrecht	394
1. Ziele	394
2. Kompetenzverteilung	395
3. Instrumente	396
VI. GASP	399

1. Allgemeines	399
2. Institutionelle Struktur	401
<b>§ 22. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</b>	<b>401</b>
I. Allgemeines	401
II. Einzelne Politikbereiche	402
1. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	402
2. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	405
3. Polizeiliche Zusammenarbeit	408
4. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	409
<b>§ 23. Wirtschafts- und Währungspolitik</b>	<b>410</b>
I. Allgemeines	410
II. Wirtschaftspolitik	410
III. Währungspolitik	413
<b>§ 24. Landwirtschaftspolitik</b>	<b>416</b>
I. Allgemeines	416
II. Ziele	416
III. Instrumente	417
<b>§ 25. Sozialpolitik</b>	<b>418</b>
I. Allgemeines	418
II. Ziele	419
III. Instrumente	420
<b>§ 26. Umweltpolitik</b>	<b>422</b>
I. Allgemeines	422
II. Ziele	423
III. Instrumente	424
<b>Sachverzeichnis</b>	<b>427</b>



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG